

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 4 (1936-1937)
Heft: 1

Artikel: Die Schweiz und die Kriegsgefahr
Autor: Oeri, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759030>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz und die Kriegsgefahr

Von Dr. A. Oeri, Nat.-Rat.

Auch das Schweizervolk empfindet die schwere polit. Krise, die unser Kontinent gegenwärtig durchmacht. Es reagiert darauf im Allgemeinen vernünftig. Aber unvermeidlich ist in solchen Zeiten, dass einzelne allzu labile Hysteriker aus dem Häuschen geraten und ihre Aufregung im Lande verbreiten. Die Seelenruhe gewisser allzu stabiler Phlegmatiker beseitigt diese Gefahr nicht, sondern vergrössert sie eher noch, weil sie auch gesunde Nerven unnötig reizt. Der Bundesrat hat dadurch, dass er die Behandlung der neuen Militärkredite auf die Junisession des Parlaments verschob, zwar, wie unverdächtige Fachmänner versichern, keinen sachlichen, wohl aber sicher einen volkspsychologischen Fehler begangen. Ein Publikum, dem tagtäglich Berichte über aussergewöhnlich gereizte Diskussionen auf den internationalen Foren zusetzen, verdient keinen Tadel für seinen Wunsch, es möchte auch bei uns ausnahmsweise ein wenig „gesprengt“ werden.

Wir haben uns anderthalb Jahrzehnte lang der europäischen Politik der Versailler Periode angepasst und anpassen dürfen. So lange auf der einen Seite saturierte Siegerstaaten standen, die nicht das geringste Interesse an einem va banque-Spiel hatten, und auf der andern Seite die im Weltkrieg unterlegenen Staaten durch die Militärservitute gefesselt waren, konnten wir uns mit einer mässigen Versicherung gegen das Kriegsrisiko begnügen und brauchten unsere Volkswirtschaft nicht mit einer drückenden Prämie in Gestalt eines sehr hohen Militärbudgets zu belasten. Wenn aber diese Anpassung in der Vergangenheit zu rechtfertigen war, so ist logischer Weise auch die Anpassung an die sehr veränderte Gegenwart zu rechtfertigen, und zwar die rasche Anpassung. Wir können Europa das Tempo nicht diktieren, son-

dern müssen es uns wohl oder übel diktieren lassen. Welche Stunde geschlagen hat, kann man nicht erst seit dem 7. März 1936 wissen, an dem die Reichswehr in die demilitarisierten Rheinlande einrückte, sondern seit dem 26. März 1935, der die Proklamation der deutschen Wiederaufrüstung brachte.

Wohlgemerkt: damit hat nicht die Stunde des Krieges für Europa geschlagen, aber die Stunde der Kriegsgefahr. Ob diese Gefahr etwas näher oder ferner liegt, darüber kann man streiten. Der grösste Friedensoptimist im zeitgenössischen Europa ist mein verehrter nationalrätslicher Kollege Otto Walter in Olten. Er hat einen Artikel im „Morgen“ vom 4. April mit der Lapidarüberschrift geziert: „Es gibt bestimmt keinen Krieg!“ Aber im Text schreibt er immerhin: „Es gibt bestimmt, — — daran glaube ich, so wahr ich lebe, — — in den nächsten paar Jahren keinen europäischen Krieg!“ In den nächsten paar Jahren! Höher kann auch Otto Walter nicht schwören. Seine beneidenswerte Zuversicht gründet sich einerseits auf die beruhigenden Wahrnehmungen, die er auf einer neulichen Deutschlandreise machte, und anderseits auf seinen Christenglauben. Er schreibt: „Gibt's nicht noch etwas, das uns Christenmenschen, die wir doch das Christentum nicht bloss predigen, sondern auch durchleben sollen, über alles hinweghelfen müsste? Ich meine das christliche Gottvertrauen! Wenn dieses Wort nicht Phrase ist auf unsren Lippen, dann scheint der Stern der Ruhe und der Besonnenheit hoch glänzend über unsren Häuptern!“ Nun regiert aber doch wohl 1936 derselbe Gott die Welt wie 1914. Er hat damals die törichten Menschen nicht an der Entfesselung des Krieges gehindert. Also kann uns heute nicht Gottvertrauen die Kriegssorge vertreiben, sondern Menschenvertrauen: die Ueberzeugung, dass die Europäer die Lehren der Jahre von 1914 bis 1918 und der Nachkriegszeit nicht vergessen haben. Das darf man, ohne sich geradezu sträflichen Leichtsinns schuldig zu machen, hoffen. Aber es handelt sich wirklich nur um eine Hoffnung, nicht um eine Gewissheit. Ich selbst kann nie vergessen, mit welcher Ueberzeugungskraft uns in den letzten Vorkriegsjahren die These von der Unmöglichkeit eines Krieges zwischen den wirtschaftlich so eng verfilzten Nationen Europas eingehämmert wurde. Und dann war eben doch schliesslich ein Krieg möglich, und was für einer!

Uebrigens gab es auch schon 1914 „gemässigte“ Optimisten, die ihre Zuversicht auf ein paar Jahre dosierten. Sie belehrten uns etwa, Russland könne vor 1916 nicht losschlagen, da es zunächst sein westliches Eisenbahnnetz ausbauen müsse; bis dahin aber werde der französische Radikalsozialismus die Armee so desorganisiert haben, dass die vermehrte russische Bereitschaft durch eine verminderte französische kompensiert sei. Oder auf der andern Seite: der alte Kaiser Franz Joseph werde keinen Krieg mehr zulassen, und wenn er das Zeitliche gesegnet habe, werde sein Reich zusammenbrechen, und Deutschland werde mangels Bundesgenossen keinen Krieg mehr wagen können. Ich könnte noch eine ganze Reihe von ähnlichen Argumenten anführen, mit denen der Welt bewiesen wurde, dass die nächstliegende Gefahrenzone aus dem oder jenem Grunde ohne Schaden durchquert werden könne, und dass dann nachher aus irgendwelchen andern Gründen ein Krieg erst recht ausgeschlossen sei. Tatsächlich können aber solche Beruhigungspillen auf einen verdorbenen Organismus ebenso gut als Stimulantia wirken, da sie auch der „andern Seite“ zugänglich sind. Dann kommt es zum Präventivkrieg, den man eigentlich besser mit einem deutschen Wort „Angstkrieg“ nennt. Heutzutage verwahrt sich jede europäische Grossmacht gegen die Insinuation, sie könnte 1936 den Krieg auslösen, um ihn nicht 1938 unter schwierigeren Umständen führen zu müssen. Man nimmt an, die Franzosen seien absolut gefeit gegen das Gelüste loszuschlagen, ehe die neue deutsche Armee durchorganisiert sei, komplette Cadres und eine perfekte materielle Ausrüstung besitze und ihre Rheinlandfestungen ausgebaut habe. Und auf der andern Seite nimmt man an, Deutschland lehne es durchaus ab, im Trüben der italienischen Sezession zu fischen und werde der Rekonstruktion eines Einkreisungsringes ruhig zuschauen. Vielleicht sind diese Annahmen richtig, vielleicht sind sie falsch. Und vielleicht liegen die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines neuen Krieges überhaupt nicht in der politisch-militärischen Zone, in der man sie gewöhnlich sucht, sondern in der wirtschaftlichen: die grösste Kriegsgefahr ist die Fortdauer der Wirtschaftskrise, die beste Friedensgarantie deren Ueberwindung. Völker, denen es gut geht, haben es leicht, vernünftig zu sein und von ihren Regierungen Vernunft zu fordern.

Also nochmals: die Schweiz darf hoffen, dass es keinen neuen Krieg gebe, aber damit rechnen darf sie nicht. Sie muss sich überlegen, in welche Lage sie kommt, wenn Deutschland in einen Krieg eintritt, mit seinem Willen oder gegen seinen Willen, mit oder ohne die Bundesgenossenschaft Italiens. Wenn, was der weniger wahrscheinliche Fall zu sein scheint, eine deutsch-italienische Allianz funktioniert, so ist ohne weiteres auch mit der Beteiligung Oesterreichs und Ungarns auf dieser Seite zu rechnen. Dann ist nahezu die Lage hergestellt, auf die man in Berlin während des dem Weltkrieg vorangehenden Vierteljahrhunderts unter dem System des Dreibundes glaubte zählen zu können. Die Schweiz ist auf drei Seiten von der einen Kriegspartei umgeben. Diese kann unter sich kommunizieren, ohne schweizerisches Gebiet verletzen zu müssen, und eine in die Schweiz vorstossende französische Armee würde den Marsch in eine gefährliche Sackgasse antreten. Bedenklicher für uns, aber eben wahrscheinlicher ist der andere Fall, dass Italien nicht mit Deutschland kooperiert, dass also Oesterreich nicht unbedingt auf die deutsche Seite gerät, aber an seiner Nordgrenze sehr bedrängt wird und französische Hilfe erbittet. Diese ist desto schwerer ohne Verletzung der schweizerischen Neutralität zu bringen, je weiter die Befestigung der Rheinlande vorgeschritten ist. Es kommt dann sehr darauf an, ob Italien Ge- wehr bei Fuss stehen bleibt, oder ob es sich Frankreich anschliesst. Dies würde die Gefahr für uns wieder vermindern, da dann der französische Sukkurs für Oesterreich und die Tschechoslowakei den Weg über die Lombardei nehmen könnte.

Nehmen wir aber einmal an, Italien bleibe neutral und in Wien, Prag und überhaupt im ganzen Osten schreie man zu Gott um französische Hilfe. Dann wird — mit oder ohne Unterstützung des Völkerbundes — an uns, wenn nicht das Ansinnen, den Durchmarsch zu gestatten, doch allermindestens die Forderung gestellt werden, den Transit von Kriegsmaterial zuzulassen. Wir sind durch eine bekannte unliebsame Genfer Diskussion auf sie vorbereitet. Nach unserer schweizerischen Neutralitätskonzeption haben wir nur die Wahl, beiden Kriegsparteien den Materialtransit zu gestatten oder beiden zu verbieten. Wofür wir uns auch entscheiden, wir riskieren, dass unsere Stellungnahme uns beiderseits verübelt und beiderseits als even-

tueller Vorwand für die gewaltsame Verletzung unserer Neutralität notiert wird.

Deutschland hätte allerdings auch bei dieser Konstellation allen Grund, unser Gebiet zu respektieren, denn für die deutschen Interessen ist eine Schweiz, die französische Munitionszüge nach dem Osten rollen lässt — dies im Falle der Transitgestaltung —, oder die italienischen Munitionszüge hindert, durch den Gotthard und den Simplon zu rollen — dies im Falle des Transitverbots —, immer noch das kleinere Uebel als eine Schweiz, die eine französische Armee aufnimmt. Es ist also eigentlich nicht wahrscheinlich, dass in Deutschland von vornherein der Wille besteht, die Neutralität der Schweiz zu verletzen und dadurch unsere Armee auf die andere Seite zu treiben. Dieser Wille wird sich nur dann bilden, wenn vorausgesetzt wird, dass unser Uebergang ohnehin sicher sei. Im Jahre 1914 hat man in Berlin fingiert, man sei überzeugt, dass Belgien auf die Seite der Gegner treten werde, und hat die Verletzung der belgischen Neutralität als Vorwegnahme einer unvermeidlichen Entwicklung drapiert. Man brauchte das belgische Gebiet zum Angriff auf Frankreich. Es spricht viel dafür, dass Deutschland den nächsten Krieg nur im Osten offensiv, gegen Frankreich dagegen defensiv führen will. Darum wird es in die Schweiz nur dann einzubrechen versuchen, wenn es im Gegensatz zum belgischen Fall die echte Ueberzeugung hat, dass es einem französischen Einbruchsversuch zuvorkommen müsse. Für Deutschland ist mindestens theoretisch im nächsten Krieg die Versuchung, unsere Neutralität zu brechen, geringer als für Frankreich.

Theoretisch! In der Praxis einer europäischen Kriegskatastrophe werden aber die theoretischen Erwägungen hüben und drüben eine viel geringere Rolle spielen als die Eindrücke des Moments. Für uns kommt alles darauf an, dass wir, wenn der Krieg ausbricht, Niemanden an unserm felsenfesten Willen zweifeln lassen, gegen die Kriegspartei, die unsere Neutralität verletzt, an der Seite ihres Gegners die letzte Kraft einzusetzen. Unsere Aufrüstung ist der beste Beweis dieses Willens. Es kann aber sein, dass sie nicht vollendet ist, wenn der Krieg ausbricht. Dann muss das moralische Element das materielle Element ergänzen. Es darf auch dann keinen Augenblick des de faictistischen Zagens geben. Sonst kommt man uns vom Norden

oder vom Westen aus oder vielleicht auch gleichzeitig von beiden Seiten umgebeten „zu Hilfe“, und unser Land wird zum Kriegsschauplatz. Das will kein Welschschweizer und kein Deutschschweizer, kein Pronazi und kein Antinazi, wie jeder in- und ausländische Kenner des Schweizervolkes weiss. Im gefährlichen Augenblick aber wird es für uns lebenswichtig sein, dass alle Neigungen und Abneigungen verstummen und nur ein einziger übermächtiger Trieb zu erkennen ist: der Wille zur Verteidigung unserer Neutralität.

Das Alles klingt vielleicht sehr schweizerisch-egoistisch und verrät einen gewissen Mangel an europäischem Solidaritätsbewusstsein. Aber jedes Ding hat seine Zeit. Wenn der Krieg ausbricht, so müssen wir schweizerische Egoisten sein. Gute Europäer wollen wir sein, so lange wir mithelfen können, ihn zu vermeiden. Wir haben im Völkerbund mitgearbeitet und wollen auch weiterhin mitarbeiten, so schwer ihn auch die Grossmächte diskreditiert haben. Es zeigt sich gerade jetzt unter den kleinern und mittleren Völkerbundmitgliedern eine hoffnungsvolle Tendenz, ihn vor dem rücksichtslosen Spiel der Grossmächte besser als bisher zu schützen. Sie hat alle unsere Sympathien, aber führend können wir uns an ihrer Durchsetzung nicht beteiligen, weil unsere Neutralitätsreserve uns hindert, dem Völkerbund im Moment der schwersten Gefahr unsere Wehrkraft zur Verfügung zu stellen. Ob man dies begrüßt oder bedauert, es ist eine Grundtatsache der europäischen Politik, und wir beklagen es nicht, dass der italienisch-abessinische Konflikt sie den ausländischen Regierungen, die sie vergessen wollten, wieder in Erinnerung gebracht hat.